

## **Was bisher nicht in unseren regionalen Zeitungen zu lesen war:**

### **Genehmigung zur Erweiterung des Brennstoffes für das Heizwerk von German-Pellets durch das Landratsamt Offenburg**

Tatsache ist, dass das Heizwerk von German-Pellets technisch nicht die Voraussetzungen erfüllt, belastetes Altholz der Kategorie A2 gefahrlos zu verbrennen. Dies wurde dem Landratsamt Offenburg in einem Fach-Gutachten von Prof. Dr. Schultheß belegt. Die Verbrennung von A2-Holz wäre für die Umwelt gefährlich, weil nach der Altholzverordnung bei A2-Holz eine Verseuchung von giftigen Stoffen (PCP, PCB, Lindan, DDT etc sowie Quecksilber und andere Schwermetalle) bis 2% toleriert wird (i.d.R. bis 5%). Umgerechnet könnten dann im GP-Heizwerk jährlich ca. 1200 bis 3000 Tonnen reines Giftmaterial in den Ofen wandern.

Daraufhin hat das Landratsamt die Genehmigung unter der Voraussetzung erteilt, dass GP darauf achtet, dass bei der gelieferten Ware keine Gift-verseuchten Holzanteile enthalten sind. Dies soll durch ein so genanntes Qualitätsmanagement erfüllt werden.

Vereinfacht dargestellt soll das folgendermaßen funktionieren:

GP prüft das angelieferte Holz durch Sichtkontrolle und entnimmt nach einem bestimmten Plan mehrere Eimer von dem geschredderten Holz und stellt diese Eimer für eine spätere Prüfung zurück. Das Holz darf aber gleich in den Ofen. Wird später aus den zurückgestellten Proben eine Verseuchung festgestellt, dann ist das Holz schon verbrannt. Es erfolgen für den Lieferanten sowie für GP keine wirklich nachteiligen Konsequenzen. Das Ganze wird auch nicht durch eine staatliche Behörde kontrolliert, sondern erfolgt ausschließlich durch Selbstkontrolle der Firma GP. Wie wir wissen, hat GP in der Vergangenheit schon mehrmals A2-Holz verbrannt und dafür ein Bußgeld erhalten, was in Anbetracht der Kostenersparnis (jährlich 1 Million) wohl nicht abschreckend ist.

Gegen die Genehmigung haben nun 32 Bürger Widerspruch eingelegt. In den Widersprüchen wurden hauptsächlich gesundheitliche Bedenken vorgebracht und begründet. Wegen dieser Widersprüche hätte GP vorerst kein A2-Holz verbrennen dürfen, solange bis das Verwaltungsgericht entschieden hätte (das kann u.U. Jahre dauern). Deshalb hat GP den Antrag auf Sofortvollzug gestellt. Das bedeutet, die Widersprüche hätten keine aufschiebende Wirkung und GP könnte gleich A2-Holz verbrennen. Diesem Antrag hat das Landratsamt mit Bescheid vom 09.09.09 nun zugestimmt.

#### **Begründung: [Auszüge]**

Mit dem Einsatz der neuen Brennstoffe können im Vergleich zu den bisher verwendeten Brennstoffen jährlich bis zu 1 Million EUR eingespart werden.

Sowohl der BUND Ortsgruppe Ettenheim als auch die 32 Personen, die Widerspruch gegen die Änderungsgenehmigung eingelegt haben, machen in erster Linie Beeinträchtigungen der Gesundheit durch die Anlagen der Firma German Pellets durch Lärm, Geruch und Luftschadstoffe geltend.

Den Widersprüchen durch die Genehmigungsbehörde konnte nicht abgeholfen werden.

Durch die in der Änderungsgenehmigung festgelegten Emissionsgrenzwerte ist eine Verletzung der Widersprecher in ihren subjektiven Rechten nicht zu erkennen.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände und der zusätzlich mit diesem Bescheid erfolgten Konkretisierung ist der Genehmigungsinhaber (GP) eine über Jahre dauernde Verzögerung nicht zumutbar.

Bei der Abwägung der betroffenen Interessen kommt das Landratsamt Ortenaukreis zu dem Ergebnis, dass das Interesse der Genehmigungsinhaber (=German-Pellets) an der sofortigen Vollziehung der mit der Änderungsgenehmigung zugelassenen Berechtigung zum Einsatz weiterer Brennstoffe gegenüber den Interessen der Widersprecher an der aufschiebenden Wirkung der eingelegten Rechtsmittel deutlich überwiegt. Die Genehmigungsinhaber hat ihr Interesse zur Umsetzung der Änderungsgenehmigung mit Schreiben vom 30. Juli 2009 und 10. August 2009 dargelegt. Die Angaben über die durch den Einsatz der neu zugelassenen Brennstoffe zu erzielenden Einsparpotenziale sind plausibel. Mit dem Einsatz der neuen Brennstoffe können im Vergleich zu den bisher verwendeten Brennstoffen jährlich bis zu 1 Million EUR eingespart werden.

-----